



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Stand der bulgarischen Frage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Stand der bulgarischen Frage.



n seiner jüngsten großen Rede erklärte der Reichskanzler es für eine Schmach, wenn eine so wenig bedeutende Angelegenheit, wie die bulgarische, Veranlassung zu einem Kriege zwischen den Großstaaten Europas werden sollte, und Lord Salisbury äußerte kürzlich im Oberhause, daß er diese Erklärung bereitwillig unterschreibe. Gleichwohl steht diese Frage seit länger als Jahresfrist wie ein kriegdrohender Komet am südöstlichen Horizont des politischen Himmels, und noch sieht das Publikum, noch sieht vielleicht auch keiner von unsern Staatsmännern einen sichern Weg zu ihrer Lösung. Indes ist in der letzten Zeit wenigstens von seiten Rußlands das grollende Schweigen gebrochen worden, in das die dortige Diplomatie sich seit Monaten hinsichtlich der Sache hüllte, und der Versuch, zu einem Einvernehmen der Mächte über sie zu gelangen, ist nunmehr angeregt und trotz vieler Schwierigkeiten nicht ohne Aussicht, bei billigen und gemäßigten Ansprüchen auf Seiten der zunächst beteiligten Parteien zu einem mindestens bis auf weiteres befriedigenden Ergebnisse zu führen. Die Schwierigkeiten liegen nicht in Bulgarien, sondern hinter ihm, in dem Zielpunkte Rußlands, zu dem der Weg über Bulgarien geht. Die Hoffnung, die neu erwacht ist, hat ihren Grund darin, daß in Petersburg wieder Glauben und Vertrauen auf den guten Willen der deutschen Politik eingelehrt zu sein scheint, ein Vertrauen, welches so berechtigt ist, daß es nie eine Störung hätte erleiden sollen. Ein unbefangener Rückblick auf den Berliner Kongreß hätte genügt, um dieses Vertrauen, als es wankte, wiederherzustellen. Allerdings hatte Rußland dort wesentliche Stücke von dem Ergebnis seines schwer erkämpften und teuer bezahlten Sieges aufgeben müssen, aber es behielt davon immer noch genug, um mit dem Ausgange des Streites zufrieden und dem deutschen Vermittler desselben dankbar sein zu können. Rußland hatte den Kongreß erstrebt und mit Hilfe des Fürsten Bismarck herbeigeführt. Niemals während der Verhandlungen widersetzte er sich den russischen Anträgen, vielmehr fanden sie bei ihm ohne Ausnahme jede irgendwie mögliche Unterstützung, und in den meisten Fragen, wo Zwiespalt hinsichtlich der Wünsche seiner russischen Freunde eintrat, gelang es dem deutschen Einflusse, ihnen Erfüllung zu verschaffen. Bis-

weisen und zwar gerade bei den wichtigsten Meinungsverschiedenheiten über Abtretung von Gebieten an Rußland hatte unser Reichskanzler sehr erhebliche Hindernisse zu beseitigen, und diese verschwanden dann nur vor der unumwundenen Erklärung, daß Deutschland sich an den Arbeiten des Kongresses nicht weiter beteiligen werde, falls man auf die betreffende Forderung nicht eingehe. Diese Parteinahme Deutschlands für berechnete Ansprüche Rußlands würde, wie später offiziös ausgesprochen wurde, noch weiter gegangen sein, wenn die Vertreter des Zaren mehr verlangt hätten, und wenn dies nicht geschah, so unterblieb es nicht wegen Mangel an Bereitwilligkeit auf deutscher Seite, sondern deshalb, weil Rußland, welches versäumt hatte, sich in den Besitz der Meerengen bei Konstantinopel zu setzen, einen Seekrieg mit England zu fürchten hatte. Den berechtigten Interessen Rußlands war also nach Kräften zur Geltung verholfen, Fürst Bismarck hatte ihm jeden Dienst geleistet, der sich mit der Sicherheit Österreich-Ungarns vertrug, er hatte dem durch den Kampf mit den Türken stark erschöpften alten Verbündeten im Osten einen Weg aus bedenklicher Lage, zwischen Demütigung und einem gefährlicheren Kampfe mit Österreich-Ungarn und England, geöffnet. Daß er nicht alle Ansprüche der russischen Politik vertreten und unterstützen konnte, weil er dadurch Deutschland mit dem übrigen Europa verfeindet hätte, lag auf der Hand und konnte nur von der blinden Begehrlichkeit der panslawistischen Moskowiter getadelt werden. Wäre deren Gesinnung dann auch in Kreise gedrungen, die bessere Augen und wegen höherer Stellung einen weitem Gesichtskreis haben mußten, so ist seitdem nichts geschehen, was, genau betrachtet, sie hätte bestärken können, und die letzte Rede des Reichskanzlers war geeignet, jeden Zweifel über die Irrtümer in Betreff der Stellung Deutschlands zu Rußland und sein jetziges Hauptanliegen zu zerstreuen. Dies scheint denn auch geschehen zu sein, und wenn man in Petersburg darnach gehandelt hat, so hat man nicht auf den Beweis zu warten gehabt, daß Fürst Bismarck heute noch bereit ist, wie 1878 die russischen Interessen am Balkan, soweit es irgend angeht, zu fördern.

Rußland hatte ursprünglich die Absicht, von seiten sämtlicher Mächte, welche auf dem Berliner Kongresse vertreten waren, an die Pforte das Verlangen richten zu lassen, die Stellung des Prinzen Ferdinand von Koburg in Bulgarien als Usurpation zu erklären, da sie dem Berliner Friedensvertrage zuwiderlaufe, entschloß sich jedoch, deutschem Ratsschlage folgend, davon abzusehen und den Antrag zunächst für sich allein zu stellen. Dies geschah, und der Schritt fand sofort die Unterstützung Deutschlands sowie Frankreichs, während Österreich-Ungarn, England und Italien sich ihm fern hielten. Die Mitwirkung dieser drei Mächte war aber auch nicht erforderlich; denn unzweifelhaft war Rußland befugt, den Antrag auf Wiederherstellung der Bestimmungen des Berliner Friedens allein zu stellen, und ebenso unzweifelhaft war die Pforte als suzeräne Macht in Bulgarien die nächste Instanz, an die er zu richten war.

Die Verpflichtung des Sultans, demselben stattzugeben, wurde durch Anschluß anderer Vertragsmächte kaum verstärkt, und wenn Deutschland rückhaltlos bereit war, Rußland bei seinem Vorgehen an die Seite zu treten, so geschah es einfach aus dem Grunde, weil es ohne Beachtung der Verletzungen, welche das 1878 geschaffene Recht im letzten Jahrzehnt in Bulgarien erlitten hat, an diesem Rechte festhält. In Wien, Rom und London dagegen war man nicht geneigt, dem russischen Vorgehen bedingungslos zu folgen, weil man zwar die gegenwärtige politische Gestalt Bulgariens gleichfalls als nicht im Einklange mit dem 1878 festgestellten Rechte betrachtet, aber erst eine Erklärung zu erhalten wünscht, wie Rußland über die Zwangsvollstreckung gegen den Koburger und seine Partei denkt, und wie es über den erledigten Thron in Sofia verfügt wissen will. Auch die jetzt in Bulgarien herrschende Partei und deren Freunde geben zu, daß die Stellung des Koburgers dem Rechte nicht entspricht, welches bestimmt, daß der Fürst Bulgariens vom Volke gewählt und seine Wahl einstimmig von den Vertragsmächten bestätigt werden soll. Das letztere ist nicht erfolgt; nicht eine einzige von den Mächten hat den Koburger anerkannt, und wenn ihm auch nur Rußland seine Anerkennung versagt hätte, so würde seine Wahl durch die Sobranje auch dann ungültig sein, wenn diese Versammlung völlig frei gewählt und nicht, wie bekannt, unter Beeinflussung durch die Gewaltherrschaft Stambuloffs und seiner Genossen zusammengekommen wäre.

Diese Partei und ihre Verteidiger in der ausländischen Presse aber sagen: Zugegeben, daß unser Fürst seinen Thron mit Nichtbeachtung des Rechtes bestiegen hat und behauptet, sollen die Bulgaren ohne Oberhaupt und ausübende Gewalt verbleiben, weil die Aufgabe Europas, sich über die Sache zu verständigen, aussichtslos ist? Sollen sie der Gefahr anarchischer Zustände ausgesetzt sein, weil die Meinungen der Großmächte auseinandergehen? Die Bulgaren haben notgedrungen das Problem durch einen revolutionären Schritt gelöst, und es ist nicht ohne Vorgang, daß ein Volk seine Angelegenheiten selbst in die Hand nimmt, und daß es dabei, nachdem die Mächte dagegen Protest eingelegt haben, schließlich zur Erfüllung seiner Wünsche gelangt. Die jetzige Regierung Italiens z. B. beruht auf einer Reihe revolutionärer Handlungen. Als Viktor Emanuel nach und nach Parma, Modena und Toskana besetzte, brach er in so augenscheinlicher Weise herzogliche Rechte, daß Rußland und Preußen ihre Gesandten von seinem Hofe abberiefen, und kein Jurist wird in Abrede stellen, daß die spätere italienische Politik gegen die Abmachungen von Villafranca verstieß. Auf diese Volksbewegungen, denen sich ein König anschloß, und auf die späteren ebenso widerrechtlichen Einverleibungen des Kirchenstaates und Neapels beruht die neue Großmacht Italien. Auch an die Verteilung Polens unter drei Nachbarmächte und an die Eroberung Hannovers, Hessens und Nassaus darf erinnert werden. Es fördert also die Frage nicht, wenn man sich auf

Rechte beruft, welche der Natur der Dinge nicht entsprechen. Ganz richtig, daß der Roburger gegenüber dem Berliner Vertrage ein Usurpator ist; aber er regiert doch, seine Regierung hält die Ordnung im Lande aufrecht und ist vollkommen stark genug, Aufstände in Mazedonien und andern türkischen Nachbarprovinzen zu verhüten, verdient also trotz ihres ungesetzlichen Ursprungs und Wesens immerhin Rücksicht und Achtung.

Manches hiervon läßt sich hören. Nur hat die neuliche Rundreise des Roburgers gezeigt, daß vieles, was von der Stärke der Partei, die ihn berief, berichtet wird, Schein und Spiegelfechtereie ist. Hatte schon seine schwächliche und zweideutige Haltung nach seiner Wahl im August vorigen Jahres ihm wenig Freunde zuführen können, so verwischte sein persönliches Erscheinen den schlechten Eindruck von damals nicht. Matt, schwächlich, steif und schlichtern, vermochte er seine neuen Unterthanen nicht zu begeistern, und hätte Stambuloff sich in dieser Zeit, wie er einmal beabsichtige, zurückgezogen und seine Kreatur sich selbst überlassen, so säße der Prinz wahrscheinlich schon lange wieder in seinem heimatlichen Schlosse zu Ebenthal. Er hat im Grunde nur die Regenten und deren Schweif für sich, zudem die Abgeordneten, die unter dem Hochdrucke der Behörden zu ihrer Würde gelangt sind, die meisten Beamten, die um des lieben Brotes willen mit der Regentschaft gehen müssen, und einen Teil der Offiziere. Das Heer, das heißt die Unteroffiziere und Soldaten, ferner der sehr achtbare Bauernstand, auf dem die Kraft und Zukunft des Landes wesentlich beruht, verhält sich fast völlig kalt und gleichgiltig gegen ihn. Entschieden abgeneigt ist ihm die hohe Geistlichkeit, weil er als Katholik ein Gegner zu sein scheint. Nur die Dorfpopen, die ohne alles Urteil sind und ganz von der Regierung abhängen, zeigen nichts von solcher Abneigung, aber auch keinerlei Anhänglichkeit. Von der Rundreise in Ostrumelien berichtet man der Kölnischen Zeitung u. a.: „In Tatarbasardschik wie in Philippopol mußten die Gendarmen vielfach die Menge zum Jubelrufe auffordern. Man hörte auch Hurrahs für Fürst Alexander. Auch in Banja schloß der Pope seine Ansprache mit dem Rufe: Hoch lebe Fürst Alexander und seine Mutter.“ Im übrigen war die Bewillkommnung von seiten der Behörden anbefohlen und überall gleichmäßig angeordnet. Die Beamten, die Geistlichen und die Schulen waren an den Eisenbahnstationen oder Ortseingängen aufgestellt, es erfolgten mehr oder minder unterthänige Anreden, man reichte dem hohen Gaste Salz und Brot, und abends erfreuten sich die Orte, wo das Nachtlager aufgeschlagen wurde, festlicher Beleuchtung. „Der Bulgare stellt aber lieber ein paar Talglichter oder Öllämpchen vor sein Fenster, als daß er die Versäumnis mit Geldstrafe oder einer Tracht Stockprügel büßt.“

Die drei Mächte, welche Anstand nahmen, sich dem Verlangen Rußlands in Konstantinopel anzuschließen, werden sich die Frage vorgelegt haben: Wie, wenn der Prätendent nun die türkische Erklärung, er sei illegitim, einfach ent-

gegnahme und dann zu den Akten legte? Was soll dann geschehen? Werden die Mächte, welche sie veranlaßt haben, sich solche Mißachtung ihres Willens ruhig gefallen lassen? Hieße sich das nicht vor ganz Europa lächerlich machen? Wenn aber Gewaltanwendung darauf folgen soll, wer soll der Vollstrecker des Zwanges sein? Natürlich der Sultan, der Suzerän der Bulgaren. Hier ist aber eins absolut sicher: der Sultan wird keinen Mann marschiren und keinen Piafter ausgeben lassen, um den Prätendenten abzusetzen und zu vertreiben. Abdul Samid weiß sehr wohl, daß das Einrücken türkischer Truppen in das Fürstentum das Zeichen zu Aufständen in verschiednen Teilen des Restes seiner europäischen Besitzungen geben würde, und daß diese Flammen, einmal ausgebrochen, nicht leicht zu löschen sein würden. Er erinnert sich ohne Zweifel daran, was auf die Unterdrückung der Revolte von 1876 durch die Tcherkessen folgte, daß die Ereignisse in Batak und dessen Nachbarschaft mit dem Vertrage von San Stefano und zuletzt wenigstens mit sehr beträchtlichen bleibenden Landverlusten für die Pforte endigten. Das gebrannte Kind aber fürchtet sich vor dem Feuer. Diesmal würde es überdies noch schlimmer ablaufen. Der Kampf würde sich nicht auf Türken und Bulgaren beschränken, sondern Serben und Griechen, Österreicher und Russen würden sich einmischen, und gleichviel, wer am Ende Sieger bliebe und Beute heimbrächte, die Türken würden einer der Verlierer sein. Deshalb ist eins unter allen Umständen so gut wie ausgemacht: keinerlei russischer Druck und Drang wird den Sultan bewegen, die Koburger Kastanie aus dem bulgarischen Feuer zu holen. Es bleibt dann, wie es scheint, nur eine Besetzung des ungehorsamen und widerseßlichen Bulgarenlandes durch eine russische Truppenmacht übrig. Die aber wird Europa, etwa mit Ausnahme Frankreichs, kaum zulassen wollen, und es ist sehr fraglich, ob der Zar sich die Sache nicht zweimal überlegen würde, selbst wenn ganz Europa sie gestattete. Weitschauende Staatsmänner in Oesterreich, Stalien und England könnten zu dem Zugeständnis geneigt sein, weil es eine russische Armee in die Aufgabe verwickeln würde, die Freiheit und Unabhängigkeit der Bulgaren niederzutreten. Sie wäre dann nicht anders zu verwenden. Es wäre eine Ablenkung, eine teilweise vollzogene Fesselung für geraume Zeit. Der Zar aber, oder richtiger seine Ratgeber, sehen das ebenfalls, und hierin haben wir die Erklärung der in den letzten Wochen wiederholt ergangnen russischen Äußerungen, man habe Geduld und wünsche Erhaltung des Friedens am Balkan. Wir müssen uns entsinnen, daß die panslawistische Auffassung der Dinge und das damit verbundene Streben von höchstem Einflusse auf die russische Politik sind. Die „Befreiung der bulgarischen Mitchristen und Slawenbrüder vom Joche der Türken“ war das Werk des Vaters Alexander des Dritten, und das Russenvolk ist noch stolz darauf, daß er es unternahm und mit Erfolg weiterführte. Jetzt wieder in das Land einzudringen, nicht bewillkommt als Freiheitsbringer, sondern wenigstens von vielen Bulgaren verabscheut als Unterdrücker und von der Presse des Westens als Tyrann verklagt.

und geschmäht, würde dem Gefühl einer großen Anzahl von Russen, die liberal zu erscheinen wünschen, da das zur Kultur und Zivilisation gehört, äußerst peinlich sein. Sicherlich sind sowohl weite Kreise der russischen Gesellschaft als ein Teil der Regierenden überzeugt, daß sie um gewisse Stücke der Siegesbeute von 1877 gebracht worden sind. Unerwartete Ereignisse und das Ungeschieß ihrer eignen Agenten haben den Russen ein Volk entfremdet, welches sie sich zu Danke verpflichtet hatten und immer als treuen Verbündeten, vorzüglich für den Fall eines abermaligen Kreuzzuges zur Eroberung Konstantinopels, an ihrer Seite zu finden hofften. Selbst heute haben sie das Spiel noch nicht aufgegeben. Die amtliche Presse Rußlands schilt auf den Koburger Usurpator, aber drückt daneben die Sympathien des Zaren für das bulgarische Volk mit Wärme aus, und alle Moskowiter, die als öffentliche Meinung gelten und anderseits von ihr gehört sein wollen, hegen die feste Hoffnung, wenn erst dieser Fremde weggeschafft sei, würden sich die Bulgaren wieder in Liebe und Verehrung dem Sohne des Zar-Befreiers zuwenden.

Die drei Mächte, welche Rußlands Vorstellungen in Konstantinopel nicht unterstützt haben, werden außer der Schwierigkeit, Gewalt zu brauchen, um in Bulgarien die vertragsmäßige Ordnung der Dinge wiederherzustellen, noch einen Beweggrund für ihre Nichtbeteiligung geltend machen können. Sie dürfen behaupten, es sei nicht gut für Europa, einen Wunsch oder Befehl zur Zerstörung eines Staatsgebäudes ergehen zu lassen, bevor man sich klar und unter einander einig geworden sei, was an dessen Stelle zu setzen wäre. Die Entfernung des Koburgers, der trotz aller seiner Sünden und Gebrechen doch immerhin eine Regierung darstellt, wird Bulgarien ohne Herrscher lassen. Wäre es da nicht geboten, daß die Mächte sich vor seiner Beseitigung über einen Nachfolger verständigten? Dann gäbe es kein Interregnum mit seinen Gefahren für das Land und den Weltfrieden; denn schon am Morgen nach seiner Abreise zu den väterlichen Penaten könnte ein andrer Prinz als von Europa bestätigter Fürst vom Konak in Sofia Besitz nehmen und feierlich die Regierung antreten. Diese gewiß nicht unnatürliche Antwort der drei dissentirenden Mächte ist aber den Russen unbequem, da sie Rußland bis zu einem gewissen Maße nötigt, seine Karten aufzudecken, d. h. seinen Kandidaten für die bulgarische Fürstenwürde zu nennen und der Kritik Europas und der Bulgaren selbst preiszugeben. Denn wir müssen uns erinnern, daß, wenn der Friedensvertrag von 1878 die Bestätigung durch die Mächte für wesentlich erklärt, die vorherige Wahl durch die Volksvertretung gleichermaßen eine wesentliche Bedingung des Vertrages ist, daß also, so lange die von Rußland vorgeschlagene Persönlichkeit, selbst wenn russische Bajonnette sie stützen, nicht von der Sobranje angenommen ist, deren Stellung so wenig begründet ist als die des Koburgers, dem die Wahl der Bulgaren zur Seite, der Mangel der Bestätigung durch die Mächte aber entgegensteht.

Grenzboten I. 1888.

Es ist endlich noch ein anderer Punkt, über den Rußland sich jetzt zu äußern zögert. Die Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien verstieß gegen den Berliner Vertrag. Sie wurde dem Fürsten Alexander von einigen Mächten stillschweigend nachgesehen, aber niemals offen und bleibend gutgeheißen, weder von der Pforte noch von einer andern der Vertragsmächte. Wegen dieser Angelegenheit befindet sich Rußland in Verlegenheit. Das Ergebnis der Revolution von Philippopol war ein Schritt zurück nach den Bestimmungen des Friedens von San Stefano, der ein sehr ausgedehntes Bulgarien geschaffen hatte, und deshalb muß der Zar es schwer finden, ein Prinzip zu verdammen, außerdem aber würde er sich dadurch nicht bloß die Bulgaren, sondern auch die russischen Panlawisten entfremden. Indes muß er, wenn er sich auf die Legalität, das 1878 geschaffne Recht stützt, das seine Agenten verkündigen und als Richtschnur empfehlen, die Einverleibung Ostrumeliens in Bulgarien als Einbruch in die verbürgten Rechte des Sultans verurteilen. Dies ist ein weiterer Grund dafür, daß Rußland es vorziehen sollte, zu warten und es einstweilen mit Unterhandlungen zu versuchen, statt Krieg zu führen. Es giebt immer noch zahlreiche Bulgaren, die entweder aus Ueberzeugung oder aus Eigennutz Parteigänger Rußlands sind. Ein Umschwung der Dinge in Sofia ist jederzeit möglich, und in dieser Hoffnung kann der Zar sich mit seinen Ansprüchen gedulden.



Kleinere Mitteilungen.

Schulstreit in Oesterreich. Als im Herbst des Jahres 1886 Oesterreich durch die Ernennung des Dr. von Gautsch, des noch jugendlichen Direktors des Theresianums in Wien, zum Minister für Kultus und Unterricht überrascht wurde, gab eben seine Jugend zu allerlei mehr oder minder geistreichen Scherzen Anlaß, und ziemlich allgemein war die Auffassung, der Ministerpräsident habe nur einen Büreauvorstand, ein gehorsames Werkzeug für die Stelle gesucht. Doch zeigte sich bald, daß diejenigen Recht gehabt hatten, welche meinten, Graf Taaffe kenne im Gegenteil die Entschlossenheit und Thatkraft des Mannes, und habe ihn gerade wegen dieser Eigenschaften für einen Posten vorgeschlagen, auf welchem die Methode seiner Vorgänger, nach allen Seiten verklausulierte Versprechungen und halbe Zugeständnisse zu machen und auch „Fünf gerade sein zu lassen,“ die größte Verwirrung angerichtet hatte. Zuvörderst zeigte der neue Minister den festen Willen, die Disziplin, wo diese gelockert schien, wieder zu festigen, sowohl an Unterrichtsanstalten als auch in der Unterrichtsverwaltung, wo die Neigung, auf eigne Hand und zum persönlichen Ruhme „Unterrichtspolitik“ zu treiben, in anstößiger Weise hervorgetreten war. Und im weitem Verlaufe seiner Amtsführung bekundete er durchweg das Bestreben, gegenüber den zahllosen und mit einander nicht zu vereinigenden Anforderungen nationaler, konfessioneller und politischer Parteien den österreichischen Standpunkt, den Staatsgedanken zur Geltung zu bringen. Daß Oesterreich vor allem wieder Staatsmänner solcher Art nötig habe, war längst die Ueberzeugung aller nüchternen Patrioten gewesen, und sie mußten daher anerkennen, daß der Minister sich nicht scheute, rechts oder links oder in der Mitte